Innsbruck, 9. November 2011

Medieninformation

Rote Karte für impertinente Agrarier

Gschwentner: Anwaltskosten für Agrarier könnten regressiert werden

„Völlig außer Rand und Band“ – so kommentiert SP-Vorsitzender LHStv **Hannes Gschwentner** das Verhalten jener Agrarier, die sich zum Agrargemeinschaftsverbund West zusammengeschlossen haben. „Diese ‚Outlaws’, für die Entscheidungen der Höchstgerichte allem Anschein nach nicht gelten, müssen sich vorsehen: Denn es ist nicht in Stein gemeißelt, dass sie ihre Anwaltskosten aus dem Rechnungskreis 1 der Agrargemeinschaft berappen können“, warnt Gschwentner.

Sollte der Verfassungsgerichtshof entscheiden, dass sowohl der Überling beim Haus- und Gutsbedarf aus der Holznutzung sowie die Jagdpacht den Gemeinden zusteht, dann wird die Kasse klamm und die Gelder der Agrargemeinschaft reichen nicht aus, um Advokaten à la Bernd Oberhofer zu bezahlen.

„Analog zu Langkampfen wird die SPÖ darauf drängen, dass die ausstehenden Kosten aus dem Privatvermögen der Agrarier regressiert werden“, stellt Gschwentner die Rute ins Fenster. Schließlich war es auch die SPÖ, die das Einsetzen eines Sachwalters in Langkampfen durchgesetzt und damit erreicht hat, dass die unrechtmäßig an die Agrargemeinschaftsmitglieder ausgezahlten Privatdarlehen rückgefordert wurden.

SPÖ Tirol Pressereferat